

BSU



Archiv der Zentralstelle

MfS SED-KL

1267

BSU 42-008 04.95

LEITZ Juris

1004 10 03

601000

N<sup>o</sup> 277 *Gründungsphase*

30/9

# SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Zentralkomitee

BSTU  
0116

Vertrauliche Verschlussache

An die  
1. Sekretäre der  
Bezirks- und Kreisleitungen der SED

ZK 03 46/71 — 662 —  
.... Ex. 5 Blatt

## Rundschreiben

### Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees zur weiteren Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutschland und zu Westberlin

(Beschluß des Sekretariats des ZK vom 28. Oktober 1971)

1. Die Direktive zur weiteren Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutschland und zu Westberlin wird bestätigt. Sie tritt am 1. Januar 1972 in Kraft.  
(Anlage Nr. 1)
  - a) Diese Direktive ist von den 1. Sekretären der Bezirksleitungen der SED an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutschland und zu Westberlin in Parteiaktivtagungen zu erläutern.
  - b) Der Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef der Politischen Hauptverwaltung ist verantwortlich für die Auswertung in den Grenztruppen der Nationalen Volksarmee.  
Termin: März 1972
  
2. Im II. Quartal 1972 sind in allen Grundorganisationen im Grenzgebiet Gesamtmitgliederversammlungen durchzuführen.
  
3. Die Direktive des Sekretariats ist an alle 1. Sekretäre der Bezirksleitungen, an die 1. Sekretäre der Kreisleitungen an der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin sowie an die leitenden Partei- und Politorgane in den bewaffneten Organen herauszugeben.
  
4. a) Die Information „Unsere Grenzen bleiben unantastbar — wir erhöhen Wachsamkeit und Sicherheit!“ wird bestätigt.  
(Anlage Nr. 2)  
Diese Information ist am 5. November 1971 an alle Bezirks- und Kreisleitungen herausgegeben worden.
  - b) Die Information über die Einführung einer neuen Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees der SED und über eine neue An-

BSTU  
0117

ordnung zur Ordnung in den Grenzgebieten und Territorialgewässern der DDR – Grenzordnung – ist streng vertraulich.

(Anlage Nr. 3)

Sie wird nur an die Bezirksleitungen und Kreisleitungen an der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin und an die leitenden Partei- und Politorgane der bewaffneten Organe herausgegeben. Mit ihr darf erst nach Inkrafttreten der Direktive des Sekretariats des ZK gearbeitet werden.

Folgender Beschluß wird außer Kraft gesetzt:

Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees vom 16. August 1961 „Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen an der Staatsgrenze West“.

Verantwortlich für die Durchführung und Kontrolle:

1. Sekretäre der Bezirksleitungen  
Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK  
Minister für Nationale Verteidigung

**Zentralkomitee  
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands  
Sekretariat**

Für die Richtigkeit:



Trautzsch  
Büro des Politbüros

Herausgegeben vom Büro des Politbüros am 1. Dezember 1971

## Direktive zur weiteren Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutschland und zu Westberlin

(Beschluß des Sekretariats des ZK vom 28. Oktober 1971)

Das Politbüro hat im Beschluß vom 6. Juli 1971 die Notwendigkeit hervorgehoben, Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin, bei breiter Einbeziehung der Bevölkerung, weiter zu erhöhen, und entsprechende Maßnahmen festgelegt.

Die Mehrheit der Bevölkerung im Grenzgebiet hat richtig verstanden, daß die Sicherung der Staatsgrenze 1961 zur Festigung der stabilen Grundlagen der sozialistischen Ordnung und zur Stärkung der internationalen Autorität der DDR beigetragen hat. Aktiv unterstützt sie die auf Frieden und Sicherheit gerichtete Politik unserer Partei.

Die feste unwiderrufliche Integration der DDR in die sozialistische Staatengemeinschaft ist Voraussetzung für die weitere allseitige Stärkung der DDR als sozialistischer Staat und erfordert die Abgrenzung von der imperialistischen BRD. Die Sicherheit unserer Grenzen zur BRD und zu Westberlin ist dafür unerlässlich. Es darf in Fragen der Sicherheit unserer Grenzen kein Raum für Illusionen geben. Es ist deshalb notwendig, unter der Grenzbevölkerung ständig eine offensive politisch-ideologische Arbeit zu führen, um ihre Wachsamkeit zu erhöhen und ihre aktive Mitwirkung beim Schutz der Grenzen zu fördern.

### I.

Ein besonderer Schwerpunkt in der Tätigkeit der Bezirks- und Kreisleitungen, der Massenorganisationen, der Nationalen Front und der staats- und wirtschaftsleitenden Organe ist die politisch-ideologische Arbeit im Grenzgebiet. Um ein einheitliches Wirken aller Kräfte zu gewährleisten, ist eine enge Zusammenarbeit mit den Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen erforderlich.

Ziel der politisch-ideologischen Arbeit ist, das Vertrauensverhältnis zwischen der Bevölkerung und der Partei sowie den staatlichen Organen weiter zu vertiefen. Die aggressiven Ziele des Imperialismus und die Taktik des Gegners sind zu entlarven. Eine wirksame ideologische Arbeit wird dazu beitragen, jeden Bürger in der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Sicherungsmaßnahmen zu bestärken und die Mehrzahl der Bürger dafür zu gewinnen, sich persönlich für die Einhaltung der Grenzordnung verantwortlich zu fühlen. Keine Frage und kein Argument der Bevölkerung im Grenzgebiet darf unbeantwortet bleiben. Es darf

keine schwachen Stellen und kein Nachlassen der Wachsamkeit geben.

Zur Erhöhung der Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit und zur weiteren Verbesserung der Massenarbeit im Grenzgebiet ist notwendig,

- daß die Bezirks- und Kreisleitungen, die Grundorganisationen und die Staats- und Sicherheitsorgane ständig die Lage kennen und regelmäßig die Entwicklung des Bewußtseins und der Klassenwachsamkeit der Grenzbevölkerung analysieren. Sie beschließen Maßnahmen, die zur Vertiefung und Festigung des sozialistischen Bewußtseins beitragen;
- daß sie für alle gesellschaftlichen Organisationen die Schwerpunkte der politisch-ideologischen Arbeit festlegen und ein koordiniertes Vorgehen sichern. Das Auftreten der leitenden Kader der Partei, des Staates, der Wirtschaftsorgane und der Massenorganisationen vor der Bevölkerung im Grenzgebiet ist zu organisieren und regelmäßig auszuwerten;
- daß die Berufssoldaten, die Soldaten auf Zeit und deren im Grenzgebiet wohnenden Familienangehörigen verstärkt in die Tätigkeit der örtlichen ehrenamtlichen Kommissionen einbezogen werden.

Die Kreisleitungen sichern zur Weiterentwicklung der Kampfkraft und Autorität der Grundorganisationen im Grenzgebiet eine differenzierte Anleitung und Unterstützung. Diesen Grundorganisationen ist vor allem Hilfe und Unterstützung zu geben, damit

- eine vorbildliche Durchführung der Beschlüsse des VIII. Parteitages und der Tagungen des ZK auf allen gesellschaftlichen Gebieten durch Einbeziehung der ganzen Grenzbevölkerung erreicht wird;
- die Fähigkeit der Mitglieder und Kandidaten ständig wächst, prinzipienfest und geduldig die Politik der Partei im täglichen politischen Gespräch offensiv zu erläutern und zu vertreten;
- sich alle Parteimitglieder im Grenzgebiet noch enger mit den Massen verbinden;
- die Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet durch die aktive Mitarbeit der Bevölkerung weiter gefestigt wird.

Zur Vorbereitung gesellschaftlicher Höhepunkte und zur schnellen und einheitlichen Orientierung aller im Grenzgebiet wohnenden Parteimitglieder führen die Kreisleitungen bei Teilnahme von Parteiaktivisten aus den Schutz- und Sicherheitsorganen Gesamtmitgliederversammlungen in den Grenzabschnitten (in der Regel mehrere Grenzorte) durch.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Verbesserung der Arbeit der Ausschüsse der Nationalen Front und der engen Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte zu widmen. Die besten Erfahrungen in der kulturellen Massenarbeit sind zu verallgemeinern, um in den Grenzgemeinden das geistig-kulturelle Leben vielseitig und interessant zu gestalten. Zur Unterstützung der politischen Massenarbeit sind in den Grenzgemeinden moderne Anschauungsmaterialien, wie Filmvorführgeräte, Dia-Ton-Serien, Tonbandgeräte usw., einzusetzen. Der Minister für Post- und Fernmeldewesen hat im Rahmen des Fünfjahrplanes in technischer Hinsicht weitere Voraussetzungen zu schaffen, die es ermöglichen, daß die Massenkommunikationsmittel, insbesondere das Fernsehen der DDR, in allen Teilen des Grenzgebietes in verbesserter Qualität empfangen werden können.

Die Kreisleitungen der Grenzkreise sind verpflichtet, in einem Plan der politischen Massenarbeit die vielfältigsten Formen und Methoden der politischen Massenarbeit, wie sie von allen Massenorganisationen, dem Staatsapparat und den Sicherheitsorganen geführt werden, zusammenzufassen.

Die Bezirks- und Kreisleitungen nehmen periodisch zum Stand der Auswahl, Erziehung, Bildung und Verteilung der Kader des Partei- und Staatsapparates, der Volksbildungsorgane, der Massenorganisationen und der Betriebe der Industrie und Landwirtschaft im Grenzgebiet Stellung.

Unter Beachtung der Kadernomenklatur gewährleisten sie eine den Erfordernissen entsprechende Zusammensetzung der Leitungsorgane. Systematisch sind von den Bezirks- und Kreisleitungen aus den Grenzgebieten Nachwuchskader zu entwickeln und Kaderreserven für den Einsatz im Grenzgebiet zu bilden.

Es ist zu sichern, daß klassentreue und prinzipienfeste, der Republik ergebene Kader für Funktionen im Grenzgebiet ausgewählt werden, die gleichzeitig über gute Erfahrungen in der politischen Massenarbeit verfügen. Ihre politische und fachliche Bildung ist planmäßig zu erhöhen. Langfristig sollen Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit, die aus dem aktiven Wehrdienst der Grenztruppen ausscheiden, für die Übernahme von Funktionen des Partei- und Staatsapparates im Grenzgebiet gewonnen werden. Der Einsatz der Parteisekretäre im Grenzgebiet unterliegt der Kontrollnomenklatur der Bezirksleitung.

Die Gewinnung von Kandidaten, besonders junger Menschen aus der Industrie, der Landwirtschaft und dem Handel, und die Arbeit mit den Kandidaten ist zu verstärken. Der Jugend im Grenzgebiet gilt unsere besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge.

Die Bezirks- und Kreisleitungen und die Grundorganisationen haben der klassenmäßigen Erziehung der Jugend an den Schulen, in den Betrieben u. a. Einrichtungen stärkere Beachtung zu schenken.

Durch die FDJ, die GST und den DTSB ist zu sichern, daß in den Grenzdörfern und -städten erlebnisreiche Jugendarbeit sowie eine zielstrebige wehrpolitische, sportliche und kulturelle Tätigkeit entwickelt wird.

Dem Zentralrat der FDJ, dem Zentralvorstand der GST und dem Deutschen Turn- und Sportbund wird empfohlen, eine gemeinsame Direktive für die Bezirks- und Kreisorganisationen der FDJ, der GST und den DTSB für die Grenzbezirke und -kreise herauszugeben.

Einmal im Jahr schätzen die Bezirksleitungen in Parteiaktivtagungen mit Genossen aus den Grenzkreisen die Durchführung der Aufgaben dieser Direktive ein.

## II.

Der Schutz der Staatsgrenze erfordert von den Räten der Bezirke, Kreise und Gemeinden eine einheitliche und komplexe Durchführung der Gesetze, staatlichen Direktiven und Weisungen zum Schutze der Staatsgrenze. Sie sind für die Koordinierung und Lenkung aller staatlichen Maßnahmen im Grenzgebiet verantwortlich. Die zentralen staatlichen Organe haben den Räten der Bezirke, Kreise und Gemeinden alle erforderliche Unterstützung zu geben. Die Erfüllung der politischen, ökonomischen und kulturellen Aufgaben ist in engem Zusammenhang mit der Erhöhung der Sicherheit und Ordnung zu sehen. In den Volkswirtschafts- und Perspektivplänen der Bezirke und Kreise sind deshalb die Aufgabenstellungen und Leistungen für die Grenzgebiete gesondert auszuweisen.

Die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise haben größere Anstrengungen für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Bürger zu unternehmen. Für die im Grenzgebiet tätigen Kader ist Wohnraum vorrangig bereitzustellen.

Die Arbeit der Volksvertretungen in den Grenzgebieten ist weiter zu verbessern. Die Abgeordneten, die Mitglieder der Ständigen Kommissionen und ihre Aktivs haben zur Erläuterung und Durchführung der Beschlüsse von Partei und Regierung zum Schutze der Staatsgrenze und der Bevölkerung eine besonders aktive Arbeit zu leisten und die Durchsetzung der staatlichen Weisungen zu kontrollieren.

Das Zusammenwirken der Volksvertretungen und ihrer Ständigen Kommissionen mit den Sicherheitsorganen, den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist zu verstärken.

Gute Erfahrungen in der Tätigkeit der Volksvertretungen und ihrer Ständigen Kommissionen und Aktivs sollten besser ausgewertet und verallgemeinert werden.

Die Vorsitzenden der Räte der Kreise haben mit den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden im

Grenzgebiet spezielle Aussprachen durchzuführen und die jeweils notwendigen Maßnahmen in ihrem Bereich zu beraten.

Den Räten der Bezirke wird empfohlen, mit den Bürgermeistern der Grenzgemeinden jährlich eine Schulung durchzuführen. Zur Verbesserung der Arbeit der örtlichen Organe in Grenzkreisen ist es erforderlich, daß besonders politisch und fachlich qualifizierte Genossen als Bürgermeister in den Grenzgemeinden eingesetzt werden.

Die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise nehmen ständig darauf Einfluß, daß die besten Bürgermeister im Grenzgebiet tätig sind. Der Einsatz als Bürgermeister im Grenzgebiet unterliegt der Kontrollnomenklatur der Bezirksleitung.

Die Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden haben der Verschönerung der Grenzorte und dem Abriß von Ruinen und Gebäuden, die die Grenzsicherung beeinträchtigen bzw. dem Ansehen der DDR schaden, mehr Beachtung zu schenken. Die zu treffenden Maßnahmen der staatlichen Organe sind mit Hilfe der örtlichen Initiative der Grenzbevölkerung durchzuführen.

Im Schutzstreifen sind grundsätzlich keine Neubauten zuzulassen. Ausnahmefälle sind dem Minister für Nationale Verteidigung zur Entscheidung vorzulegen.

Die Gerichte und Staatsanwaltschaften haben den „Angriffen gegen die Ordnung an der Staatsgrenze“ die notwendige politische Bedeutung beizumessen. Solche Straftaten sind mit Konsequenz zu verfolgen. Die zentralen Justizorgane haben die Verfolgung dieser Straftaten regelmäßig zu kontrollieren und einzuschätzen sowie eine einheitliche Orientierung und Anleitung der Gerichte und Staatsanwaltschaften zu gewährleisten.

Das oberste Gericht und der Generalstaatsanwalt haben eine einheitliche Orientierung und Anleitung der Gerichte und Staatsanwaltschaften zur Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit gegenüber Grenzverletzern auszuarbeiten. Die einheitliche und konsequente Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit erfordert von den Rechtspflegeorganen, daß sie die örtlichen Organe mit ihren Kommissionen und Aktiven sowie die gesellschaftlichen Kräfte im Grenzgebiet noch wirksamer bei der Durchsetzung des sozialistischen Rechts anleiten und unterstützen. Sie sollten die durch Straf- und Ordnungsverfahren und durch die Analyse der Grenzdelikte und anderer strafbarer Handlungen sowie ihrer Bekämpfung gewonnenen Erkenntnisse kontinuierlich den Räten der Kreise und ihren Fachorganen, den örtlichen Volksvertretungen, ihren Räten und Kommissionen sowie den Betrieben, Einrichtungen und Genossenschaften zugänglich machen, um eine schnellere staatliche und gesellschaftliche Reaktion zur Veränderung und für vorbeugendes Wirken zu erreichen.

Es obliegt den staatlichen Organen als eine ständige Aufgabe, die Zuverlässigkeit der im Grenzgebiet wohnhaften Personen einzuschätzen und gegenseitig Informationen darüber auszutauschen.

Durch die Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden ist zu gewährleisten, daß in begründeten Fällen rechtzeitig über Personen, die im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit aus dem Grenzgebiet auszusiedeln sind, die notwendigen Entscheidungen getroffen und unverzüglich realisiert werden. Bewohner des Grenzgebietes, gegen die auf Aufenthaltsbeschränkungen erkannt wurde, sollen in der Regel in Hinterlandbezirke umgesetzt werden.

Bei unbefristet ausgesprochenen Aufenthaltsbeschränkungen ist in notwendigen Fällen auch den Familienangehörigen die Genehmigung zum Aufenthalt im Grenzgebiet zu entziehen. Erforderliche Aussiedlungen sind politisch und materiell gründlich vorzubereiten.

Der Ministerrat der DDR hat dazu die erforderlichen Richtlinien zu erlassen.

Die örtlichen Organe haben bei der Erteilung von Zugangsgenehmigungen für die Sperrzone strenge Maßstäbe zugrunde zu legen.

Zuzüge in den Schutzstreifen sollten nur aus dringend volkswirtschaftlichem bzw. Sicherheitsinteresse genehmigt werden.

### III.

Die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung in den Grenzkreisen und -gemeinden unter Leitung der örtlichen Staatsorgane ist eine Aufgabe von erstrangiger politischer Bedeutung für die Handels- und Dienstleistungsbetriebe.

Die Räte der Bezirke und Kreise sind verantwortlich für

- die stabile und kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs;
- die Schaffung weiterer Einkaufserleichterungen, die vorrangige Entwicklung des Bestelldienstes bei Industriewaren sowie der Übernahme weiterer Kundendienste einschließlich der Annahme von Dienstleistungen;
- die niveaувolle gastronomische Versorgung und Betreuung.

Die Räte der Bezirke haben die Schwerpunktaufgaben zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung in den Grenzkreisen in den Bezirksversorgungsplänen festzulegen.

Durch die örtlichen Staatsorgane ist auf der Grundlage einer straff organisierten staatlichen Kontrolle unter Einbeziehung der HO-Beiräte und Verkaufstellausschüsse sowie durch Rechenschaftslegungen der Leiter der Handels- und Dienstleistungsbetriebe die Durchführung der Versorgungsaufgaben in den Grenzgebieten periodisch einzuschätzen.

### IV.

Da das Grenzgebiet überwiegend land- und forstwirtschaftlichen Charakter aufweist, ist es erforderlich, daß die Bezirks- und Kreisleitungen einen

größeren Einfluß auf die weitere politisch-ideologische Stärkung der Parteiorganisationen in den LPG, VEG und staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben ausüben. Die Bezirks- und Kreisleitungen haben dafür zu sorgen, daß die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe in enger Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsbauerinnen, Genossenschaftsbauern und Arbeitern der VEG größeren Einfluß auf die weitere politische, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung in diesem Gebiet nehmen.

Dabei stehen besonders folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Die Festigung und Weiterentwicklung der Kooperationsbeziehungen zwischen den LPG und VEG im Grenzgebiet und auch mit LPG und VEG im grenznahen Gebiet.
- Durch die Kooperation ist (in Abstimmung mit den LPG und VEG sowie den Kooperationsräten) das Anbauverhältnis im Grenzgebiet so zu gestalten, daß sowohl Sicherheit und Ordnung als auch höchstmögliche Erträge gewährleistet werden. In unmittelbarer Grenznähe sind nur niedrig wachsende Kulturen anzubauen.
- Durch die Weiterentwicklung der Kooperation ist zu sichern, daß die Viehhaltung stärker konzentriert wird. Für die in Kooperation neu zu errichtenden Produktions- und Wohnungsbauten sind solche Standorte auszuwählen, die der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung und der Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze entsprechen. Aufbau und Inbetriebnahme neuer Produktionsstätten sind in kürzester Frist zu sichern.
- Die LPG und VEG im Grenzgebiet, die in Kooperation arbeiten, sind vorrangig mit moderner Technik auszurüsten, damit alle Feldarbeiten zu den günstigsten agrotechnischen Terminen in kürzester Frist durchgeführt werden können und ein sichtbares Beispiel für den Übergang zu industriemäßiger Produktion gegeben wird.
- Die Einflußnahme der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe auf die kadermäßige Stärkung der LPG und VEG und staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe (Besetzung solcher Funktionen, wie LPG-Vorsitzender bzw. Direktor des VEG oder des staatlichen Forstwirtschaftsbetriebes) ist zu erhöhen. Es ist eine größere Stabilität in der Kaderbesetzung zu erreichen. Zur politischen Qualifizierung der Leitungskräfte in den LPG, VEG und staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben des Grenzgebietes sind gesonderte Maßnahmen festzulegen. Durch die Vorstände und Parteileitungen der LPG sowie die Direktoren und Parteileitungen der VEG und der staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe ist mit den zuständigen Kommandeuren und Einheiten der Grenztruppen die enge kameradschaftliche Zusammenarbeit weiter zu entwickeln. Alle wichtigen Fragen der Produktion und der weiteren gesellschaftlichen Entwick-

lung der Land- und Forstwirtschaft im Grenzgebiet sind mit den zuständigen Kommandeuren abzustimmen. Die Vorsitzenden der LPG und die Direktoren der VEG und der staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe werden verpflichtet, die Einsatzpläne der Arbeitskollektive für Arbeiten in unmittelbarer Nähe des Grenzkontrollstreifens dem zuständigen Kompaniechef der Grenztruppen zur Genehmigung vorzulegen.

## V.

Die bewaffneten Kräfte führen ihre Aufgaben zur Grenzsicherung auf der Grundlage der hierfür bestehenden Weisungen durch. Es ist größter Wert auf eine einheitliche Durchsetzung aller Maßnahmen der Grenzordnung zu legen.

Die gemeinsamen Anstrengungen der Grenzbevölkerung und ihrer politischen und staatlichen Einrichtungen sowie der bewaffneten Kräfte dienen dem Ziel, alle gegen die Staatsgrenze der DDR gerichteten Angriffe rechtzeitig zu erkennen, die Ordnungsmaßnahmen im Grenzgebiet wirksam durchzusetzen und die Sicherheit und Ordnung allseitig zu gewährleisten.

Die Kommandeure, Politorgane und Stäbe der Grenztruppen haben durch eine zielgerichtete und wirksame politisch-ideologische Erziehungsarbeit in den Einheiten und eine wirkungsvolle militärpolitische Öffentlichkeitsarbeit im Grenzgebiet das Vertrauensverhältnis zwischen den Angehörigen der Grenztruppen und der Grenzbevölkerung unablässig zu festigen und zu gewährleisten, daß die Grenzsicherungs- und Ordnungsmaßnahmen durch alle Bürger des Grenzgebietes vorbehaltlos und aktiv unterstützt werden.

Mit den im Grenzgebiet wohnhaften Reservisten der NVA ist eine spezifische und differenzierte, den Interessen der Sicherheit und Ordnung dienende Arbeit zu leisten.

Die Kommandeure, Politorgane und Stäbe der Grenztruppen sind dafür verantwortlich, daß alle Anstrengungen und Maßnahmen der bewaffneten Kräfte zur zuverlässigen Sicherung der Staatsgrenze ständig und exakt koordiniert werden.

Unter der Verantwortlichkeit der Kompaniechefs der Grenztruppen der NVA sind regelmäßig in den Grenzgemeinden Sicherheitsberatungen mit den örtlichen Funktionären durchzuführen.

Die Kommandeure und Politorgane der Grenztruppen haben die Pflicht, die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze in dem notwendigen Umfang an die anderen bewaffneten Kräfte, staatlichen und gesellschaftlichen Organe sowie die gesamte Grenzbevölkerung heranzutragen, um ein einheitliches Handeln zu gewährleisten. Sie sind verpflichtet, den 1. Sekretären der Bezirksleitungen und Kreisleitungen Informationen über die Lage im Grenzgebiet zu geben und mit den anderen bewaffneten Kräften und den Staatsorganen Informationen auszutauschen.

Diese Information darf erst nach Inkrafttreten der Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees – 1. Januar 1972 – für die Arbeit genutzt werden

**Information**  
**über die Einführung einer neuen Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees der SED und über eine neue Anordnung zur Ordnung in den Grenzgebieten und Territorialgewässern der DDR**  
**– Grenzordnung –**

**Die höhere Verantwortung der Bürger des Grenzgebietes der DDR für die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zur BRD und zu Westberlin**

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED hat beschlossen, unter breitester Einbeziehung der Bevölkerung, Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin zu erhöhen. In Verwirklichung dieses Beschlusses wurden eine neue Direktive und Grenzordnung erlassen.

Damit werden die Ordnung an der Staatsgrenze entsprechend den objektiven Erfordernissen präzisiert und unser Arbeiter-und-Bauern-Staat weiterhin zuverlässig gesichert.

Die Neuregelungen berücksichtigen die Vorschläge und Erfahrungen der Werktätigen zur Vervollkommnung der Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin. Ihnen liegen auch die Veränderungen zugrunde, die sich in den vergangenen Jahren in der DDR und im Grenzgebiet vollzogen haben. Sie sind ganz im Sinne der Beschlüsse des VIII. Parteitag der SED, die von der Bevölkerung einmütig gebilligt wurden.

„Wir werden dem Feind keine Chance lassen, den Sozialismus anzutasten und unser friedliches Leben zu stören. Seine Anschläge werden auch künftig an der revolutionären Wachsamkeit, an der Verteidigungskraft und der Verteidigungsbereitschaft des Volkes der Deutschen Demokratischen Republik und seiner bewaffneten Organe scheitern.“ (Bericht des ZK an den VIII. Parteitag der SED)

**Worin besteht der Inhalt der neuen Direktive und Grenzordnung?**

Die neue Direktive des Sekretariats des ZK und die neue Grenzordnung entsprechen den Bedingungen der Lage an unserer Staatsgrenze zur BRD und Westberlin. Ausgehend von der fortschreitenden stabilen Entwicklung der DDR und der gewachsenen politisch-moralischen Einheit unseres Volkes verallgemeinern sie die Erfahrungen der Partei-

und Staatsorgane, der Grenzbevölkerung und Grenztruppen.

Die Direktive fordert, die politische Massenarbeit der Partei- und Staatsorgane, der Massenorganisationen wirksamer zur Entwicklung des sozialistischen Staatsbewußtseins, der internationalistischen Gesinnung und des Vertrauensverhältnisses der Grenzbevölkerung zur Partei- und Staatsführung zu führen.

Die neue Grenzordnung legt fest, daß aus dem bisherigen Grenzgebiet aus politischen, ökonomischen und militärischen Erwägungen eine Reihe von Ortschaften, Gemeinden und Betrieben herausgelöst werden. Das heißt, der Schutzstreifen und die Sperrzone werden örtlich neu festgelegt.

**Der Schutzstreifen** ist ein Geländestreifen unmittelbar an der Staatsgrenze, der das System der militärischen Sicherungsanlagen umfaßt und es ermöglicht, auch alle kommunalen Maßnahmen mit den Erfordernissen der Grenzsicherung in Übereinstimmung zu bringen. Der Aufenthalt sowie die Bewegung von Personen und Gerät außerhalb geschlossener Ortschaften werden unter ständiger Kontrolle gehalten.

Allen Bürgern, die ihren Wohnsitz im Schutzstreifen haben, ist es in Zukunft gestattet, sich während der Sperrzeiten ungehindert in ihren Ortschaften zu bewegen. Weiterhin haben die Bewohner des Schutzstreifens in jeder Tages- und Nachtzeit auf den dafür festgelegten Wegen und Straßen ungehinderten Zugang zu ihren Wohnungen.

In Vereinfachung der Kontrolle wird — außer der Vorlage des Registriervermerks im Personalausweis — keine zusätzliche Meldung oder Bescheinigung bei der Ein- und Ausreise aus dem Schutzstreifen von den dort wohnenden Bürgern gefordert. Analog wird auch das Meldewesen für Feldarbeiten im Schutzstreifen örtlich neu geregelt. Weiterhin wird es den Bewohnern im Schutzstreifen ermöglicht, bei Beachtung und Einhaltung der militärischen Weisungen, zu fotografieren.

**Die Sperrzone** ist jener Geländestreifen, der über den Schutzstreifen hinaus erforderlich ist, um Handlungen gegen die Staatsgrenze der DDR rechtzeitig aufklären und abwehren zu können. Diese Maßnahmen schaffen günstigere Möglichkeiten für



die Erhöhung von Sicherheit und Ordnung; sie bieten bessere Voraussetzungen für die Kontrolle aller Bewegungen an der Staatsgrenze. Nicht zuletzt können eine Reihe von Erleichterungen für die Grenzbevölkerung ermöglicht werden, die mit der Verstärkung der Grenzsicherung im Einklang stehen, weil sie in einem hohen Maße die gewachsene staatsbürgerliche Verantwortung der Grenzbewohner widerspiegeln.

Es ist nur natürlich, daß die neuen Bestimmungen immer wieder von allen Bürgern verlangen, in erster Linie die Belange und Forderungen nach Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze zu beachten.

Bemüht um das Wohl der Menschen im Grenzgebiet wird die Partei- und Staatsführung, ausgehend von den realen Möglichkeiten, auch weiterhin alles in ihren Kräften Stehende tun, die materiellen und geistig-kulturellen Lebensbedingungen weiter kontinuierlich zu verbessern. Dazu werden alle bisherigen Vergünstigungen für die Bürger im Grenzgebiet in vollem Umfang aufrechterhalten und gewährleistet — auch die 15prozentigen Lohnzuschläge.

Für Einwohner, deren Wohnsitz nicht mehr zum Grenzgebiet gehört, entfällt der Zuschlag. Bei Härtefällen werden Überbrückungsmaßnahmen getroffen.

Aus den neuen Maßnahmen ergibt sich ein hoher Grad persönlicher Verantwortung für jeden Bewohner des Grenzgebietes. Es ist erforderlich, sich durch hohe Wachsamkeit auszuzeichnen, die Grenzordnung strikt einzuhalten und im System der Grenzsicherung aktiv mitzuwirken. Denn jeder einzelne trägt dazu bei, daß im Grenzgebiet optimale Sicherheit herrscht und die Unantastbarkeit unserer Staatsgrenze voll gewährleistet wird.

#### **Die Verantwortung der Parteiorganisationen für die ideologische Stählung der Parteimitglieder im Grenzgebiet**

Es ist ein Hauptanliegen der Kreisleitungen und Grundorganisationen im Grenzgebiet, das gute Vertrauensverhältnis der Grenzbevölkerung zu unserer Partei und zu unserem Staat unablässig zu stärken sowie die enge Zusammenarbeit mit den bewaffneten Organen weiter zu festigen.

Die Erfahrungen aller Grenzkreise der DDR lehren uns, daß die offensive ideologische Arbeit eine stabile Grundlage für Ordnung und Sicherheit, für den sicheren Schutz unserer Staatsgrenze bildet.

Es ist erforderlich, die massenpolitische Arbeit durch die Partei konkret zu führen; unsere sozialistischen Ideale und Perspektiven, demokratischen Pflichten und Aufgaben massenwirksamer zu propagieren.

Im Mittelpunkt der sozialistischen Erziehung steht, die politisch-moralische Einheit der Bevölkerung weiter auszuprägen. Eine Aufgabe, die nur im einheitlichen und geschlossenen Kampf gegen Provokationen und ideologische Diversionsversuche des Gegners in enger Verbindung mit dem konse-

quenten Durchsetzen der Forderungen der neuen Direktive und Grenzordnung erfüllt werden kann.

Wir richten die ideologische Arbeit daher darauf, das bewußte Handeln der Bürger im Interesse der Sicherung der Staatsgrenze weiterzuentwickeln, die Herausbildung von sozialistischen Persönlichkeiten zu fördern, für die die aktive Teilnahme am zuverlässigen Schutz unserer Staatsgrenze eine echte staatsbürgerliche, patriotische und internationalistische Pflicht darstellt.

In Anbetracht dessen kommt es jetzt darauf an, die Grenzbevölkerung im noch engeren Zusammenwirken mit den Angehörigen der Grenztruppen und den Organen der Volkspolizei für die Durchsetzung der Maßnahmen zur weiteren Sicherung der Staatsgrenze zu gewinnen.

Das erfordert, daß die Parteiorganisationen über einen längeren Zeitraum hinweg konkrete Maßnahmen für die politische Massenarbeit festlegen und dem Inhalt nach stärker ausgehen von

- der Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus; der Führung der Arbeiterklasse und der wachsenden Rolle ihrer Partei — wichtigste Quelle der Kraft und Stärke unseres Staates und der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft;
- der zuverlässigen militärischen Sicherung der Staatsgrenze — ein vom sozialistischen Internationalismus geprägter Kampfauftrag an die Grenzbevölkerung und an die Angehörigen der Grenztruppen der NVA;
- der Lebenskraft und Unzerstörbarkeit des Klassenbündnisses mit der Sowjetunion — eine Grundbedingung der Verwirklichung der Lebensinteressen der Bürger der DDR und der Sicherung der Unantastbarkeit unserer Staatsgrenze;
- der zunehmenden Aggressivität, Gefährlichkeit und historischen Perspektivlosigkeit des Imperialismus — seinem Wesen nach, ungeachtet der Verhandlungen und Verträge mit sozialistischen Staaten, das Haupthindernis auf dem Wege zu gesichertem Frieden und weiterem gesellschaftlichem Fortschritt.

Es ist notwendig, die Beschlüsse der Partei entsprechend den örtlichen Bedingungen schöpferisch zu verwirklichen, die Parteimitglieder mit den ideologischen Grundproblemen und mit den sich daraus ergebenden Anforderungen gründlich und systematisch vertraut zu machen.

Die Hauptsache ist nach wie vor die vertrauensvolle, verantwortungsbewußte Arbeit mit den Menschen. Dazu gehört, daß die Bürger über alle sich für sie ergebenden Fragen und Probleme gründlich informiert und umfassend in die Verwirklichung der Aufgaben einbezogen werden, verbunden mit der allseitigen Entfaltung ihrer Schöpferkraft und Initiative.

Die weitere Vertiefung des Vertrauensverhältnisses kann deshalb nicht im Abbau, sondern nur

in der Erhöhung der Wachsamkeit, der Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet erfolgen.

Dem Gegner darf es zu keinem Zeitpunkt gelingen, durch Desinformation, Lüge und Betrug Verwirrung zu stiften und das aktive Handeln der Bürger zu lähmen. Schließlich ist es eine Tatsache, daß trotz der gewachsenen Reife der Bürger des Grenzgebietes die Einflüsse der imperialistischen Ideologie bei Teilen der Bevölkerung ihre Wirkung noch nicht eingebüßt haben. Über den Brief- und Paketverkehr, den Rundfunk und das Fernsehen, die Reisen der Rentner in die Bundesrepublik und nach Westberlin bis hin zu den persönlichen Kontaktaufnahmen und dem wachsenden Telefonverkehr mit dem westlichen Vorfeld reicht die Skala der Möglichkeiten des Gegners, auf unsere Bürger im Grenzgebiet einzuwirken.

In Aktivtagungen und Gesamtmitgliederversammlungen der Partei in den Grenzorten sollten auch all die grenzbezogenen Probleme klärend zur Debatte stehen. Auf diesem Wege wird es möglich sein, alle Parteimitglieder zu befähigen, als Agitatoren unter den Einwohnern im Ort, in den Ausschüssen der Nationalen Front und in den Massenorganisationen zu wirken. Ergänzend dazu sollte ein planmäßiges Auftreten von Partei- und Staatsfunktionären vor den verschiedenen Bevölkerungskreisen gesichert werden.

Politische Kleinarbeit verlangt das tägliche politische Gespräch, die überzeugende Darlegung der Zusammenhänge zwischen dem Kampf um den Frieden und der weiteren Erhöhung der Sicherheit an der Staatsgrenze. Politische Kleinarbeit heißt, die politischen Grundfragen eng mit den Tagesfragen zu verbinden, die die Bürger bewegen, und die

von familiären Problemen über Versorgungs- und Dienstleistungsangelegenheiten bis zur persönlichen Weiterbildung reichen. Politische Kleinarbeit erfordert, immer wieder feinfühlig und geduldig an die persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse der Menschen anzuknüpfen, die Pflichten und die höhere Verantwortung der Bürger zu motivieren und sie für die Erfüllung aller gestellten Aufgaben zu mobilisieren.

In enger Verbindung damit steht unsere wachsende Verantwortung für die weltanschauliche Bildung der FDJ-Mitglieder, ein sinnvolles jugendgemäßes kulturelles Leben im Grenzgebiet, das initiativreiche Erschließen der örtlichen Möglichkeiten, dabei insbesondere der vielen Ideen und Vorschläge der jungen Bürger selbst.

Das sozialistische Bewußtsein, die sozialistischen Verhaltensweisen der Jugendlichen müssen sich vor allem in der Richtung ausprägen, darauf stolz zu sein, bereits in jungen Jahren die ganze staatsbürgerliche Verantwortung für Sicherheit und Ordnung an unserer Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin mit zu tragen.

Neben diesen vielseitigen Aufgaben ist es vor allem notwendig, die Patenschaftsbeziehungen zwischen den Grenztruppen und den verschiedenen örtlichen Einrichtungen und Organisationen zu vertiefen und mit Leben zu erfüllen. Auch die weitere Verschönerung der Städte und Gemeinden im Grenzgebiet ist ein politisches Grundanliegen und hat nach wie vor große Bedeutung, um Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze, um die staatliche Autorität der Deutschen Demokratischen Republik zu erhöhen.

# SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Zentralkomitee

HAUS DES ZENTRALKOMITEES AM MARX-ENGELS-PLATZ · 102 BERLIN · RUF 2028-0

ZENTRALKOMITEE

BSTU  
0125

An die  
1. Sekretäre der  
Bezirks- und Kreisleitungen der SED

Berlin, 21. Februar 1972

Vertrauliche Verschlusssache

ZK 03 17/72 - 253 -  
..... Ex. 1 Blatt

Änderungen zum Beschluß des Sekretariats des ZK vom 28. 10. 1971  
"Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees zur weiteren  
Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik  
Deutschland und zu Westberlin"

(Beschluß des Sekretariats des ZK vom 16. 2. 1972)

Das Sekretariat des ZK beschließt für die Bezirksleitungen der  
SED an der Staatsgrenze zur BRD folgende neue Termine:

- a) Parteiaktivtagungen zur Erläuterung der Direktive des  
Sekretariats des ZK und der neuen Grenzordnung im  
Zeitraum Mai - Juni 1972
- b) Gesamtmitgliederversammlungen in allen Grundorganisationen  
im Grenzgebiet im Juli - August 1972

Verantwortlich für die  
Durchführung:

1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED  
an der Staatsgrenze zur BRD

Abt. für Sicherheitsfragen des ZK der SED

Dieser Beschluß ist an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreis-  
leitungen der SED an der Staatsgrenze zur BRD und an alle Abtei-  
lungsleiter im Zentralkomitee der SED zu verteilen.

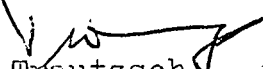
Folgender Beschluß wird  
mit Bestätigung des neuen  
Beschlusses verändert:

Die im Rundschreiben des Sekretariats des  
ZK vom 28. 10. 1971 (ZK 03 - 46/71 - 662 -)  
unter Punkt 1 und 2 genannten Termine für  
die Bezirks- und Kreisleitungen der SED an  
der Staatsgrenze zur BRD werden verändert.

Zentralkomitee  
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Sekretariat

~~Für die Richtigkeit:~~

  
Trautzsch  
Büro des Politbüros